

Ortlieb, Heinz-Dietrich

**Article — Digitized Version**

## Naivität oder Zweckoptimismus?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Ortlieb, Heinz-Dietrich (1972) : Naivität oder Zweckoptimismus?,  
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 4, pp. 166-167

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134382>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

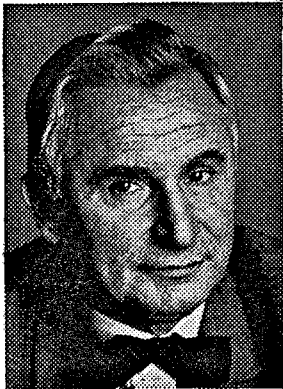
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Heinz-Dietrich Ortleb

## Naivität oder Zweck- optimismus?

In unserer immer traditionsfeindlicher werdenden Gesellschaft, der wir gern das Beiwort „pluralistisch“ geben, weil alles erlaubt und alles möglich zu sein scheint, büßen offensichtlich immer mehr Menschen jenen „common sense“ ein, der sie intuitiv unterscheiden läßt,

was für ihre individuelle und soziale Existenz wesentlich oder unwesentlich, unvermeidlich oder vermeidbar, fortschrittlich oder schlechthin lebensgefährlich ist. Zwar können wir uns in der Dynamik und Differenziertheit des sozialen Wandels nicht mehr allein mit Hilfe intuitiver Kräfte des gesunden Menschenverstandes orientieren; doch haben wir niemals dringender als heute auch dieses inneren Kompasses bedurft, um nicht schon in unserem Urteil über die elementarsten Bedingungen des Zusammenlebens ständig in die Irre zu gehen. Offenbar ähneln wir jenen Tieren, die aus freier Wildbahn in Gefangenschaft geraten, ihren Instinkt verlieren und sich nicht einmal mehr imstande zeigen, das für die Aufzucht ihrer Jungen Lebensnotwendige zu tun.

Dies wäre vielleicht noch reparabel, wenn es sich „nur“ um die Masse der Staats- und Wirtschaftsbürger handeln würde, für die dank unseres rückständigen Bildungs- und Informationssystems soziale Zusammenhänge ein unverständlicher, uninteressanter und sie vermeintlich auch eigentlich gar nicht betreffender Bereich geblieben sind. Doch es spricht alles dafür, daß jener Mangel zunehmend ebenfalls das politische Establishment auszeichnet, von dessen Orientierungs- und Entscheidungsfähigkeit unser künftiges Schicksal abhängt. Wäre dem nicht so, ließen sich viele Äußerungen prominenter Politiker nicht erklären.

Da ist die Antwort, die der Bundeskanzler auf den besorgten Brief Karl Steinbuchs, der vor den überall feststellbaren sozialen Verfallserscheinungen warnte, gegeben hat. Willy Brandt hat dort nicht nur pauschal unser parlamentarisches System als krisenfest erklärt, sondern überdies nachdrücklich geleugnet, daß — abgesehen von gewissen zweifelhaften Erscheinungen in „manchen“ Hochschulen und Redaktionsstuben — in Regierungen und Parlamenten, in der Verwaltung und

in der Rechtspflege sowie bei den Gewerkschaften und wirtschaftlichen Unternehmungen von Unterwanderung und sozialer Vergiftung irgendwo die Rede sein könne. Gleichzeitig apostrophierte er wieder einmal die Reformfreudigkeit und politische Aufgeschlossenheit der „Mehrzahl unserer jungen Menschen“ und bagatellierte den Einfluß jener Minderheit, die — zunehmend tonangebend — sich unter antikapitalistischem Vorwand leistungsfeindlich gebärdet.

Jedoch gerade die undifferenzierte Pauschalablehnung der bürgerlichen Gesellschaft im Zeitalter des sogenannten Spätkapitalismus, gerade die damit verbundene irrtümliche Behauptung, daß dieses System bereits zu einer ausreichenden Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft geführt habe und daß man nunmehr unter radikaler Beseitigung des Privateigentums bloß noch ihre Früchte zu verteilen brauche — gerade solche Utopismen fördern selbst bei politisch gleichgültigen, unerfahrenen Menschen die Erwartung, playboyhafte Haltung mit progressivem Mitläufertum und raschem persönlichem Aufstieg verbinden zu können. Gerade dieser Mentalitätswandel aber, der aus Naivität oder Zweckoptimismus von vielen reformfreudigen Politikern nicht gesehen oder zugegeben wird, muß alle Reformen korrumpieren und schließlich unsere freiheitliche Gesellschaft zerstören.

In einer Diskussion über das Thema: „Kann sich die freie industrielle Gesellschaft zur Stabilität und Reife entwickeln?“ sagte kürzlich Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt: „Wer etwas verantworten will, muß auch die Chance erhalten, Fehler zu machen und an diesen Fehlern zu leiden!“ Und er unterstrich diese Forderung, indem er sie etwas später wiederholte. In der gleichen Diskussion setzte er sich unmißverständlich für eine Erweiterung der Mitbestimmung und „Eigenverantwortlichkeit“ der Staats- und Wirt-

schaftsbürger in allen gesellschaftlichen Bereichen ein, obwohl er noch vor wenigen Jahren die Erweiterung der Mitbestimmung nicht als vordringliches Problem angesehen hat.

Auch dieser sonst als Realist geltende Politiker hat offenbar eine entscheidende Eigentümlichkeit unserer arbeitsteiligen Wirtschaftsgesellschaft nicht beachtet: daß nämlich wir Menschen in dieser Gesellschaft immer weniger von unseren eigenen Fehlhandlungen unmittelbar betroffen werden, weil deren Folgen überwiegend andere mittragen müssen. In einer solchen Gesellschaft muß aber, wenn sich mit der Mentalität die Leistungsbereitschaft mindert, jede Vermehrung der Mitbestimmung – was immer Vermehrung kollektiver (nicht individueller) Verantwortlichkeit heißt – zu wachsender Verantwortungslosigkeit führen.

Nachdem die Politiker es uns vorgemacht haben, als sie aus Sorge um die für ihre eigene Machtsicherung notwendigen Wählerstimmen ständig unpopulären, aber existenznotwendigen Entscheidungen auswichen, wollen sie nun mit dem gleichen Dilemma durch „Demokratisie-

rung der Gesellschaft“ alle Träger von gesellschaftlichen Teilfunktionen belasten: Schulen, Hochschulen, Redaktionen, Gerichte, Behörden und Unternehmungen. Damit muß auch deren Funktionieren in Frage gestellt werden. Denn die Fehlentscheidungen, die der einzelne aus seiner nun angeblich vermehrten Eigenverantwortung trifft, werden nicht zu seinen Lasten gehen, wie Helmut Schmidt es für notwendig hält. Es werden immer Kollektiventscheidungen sein, für die kein einzelner zur Verantwortung gezogen werden kann. Überdies wird die schon bisher unzureichende Koordination von oben immer weniger realisierbar. Es sollte für erfahrene Politiker doch nicht so schwer sein zu erkennen, daß in einer auf diese Weise demokratisierten Gesellschaft gerade jener Minderheit die Macht zugespielt wird, die unser parlamentarisches System total zu zerstören beabsichtigt.

Dies tagtäglich an immer neuen praktischen Beispielen deutlich zu machen, wäre die Aufgabe der Opposition. Doch sie konzentriert alle Energien auf die Außenpolitik und befindet sich hier höchstwahrscheinlich sogar im Unrecht. Gesellschaftspoli-

tisch wagt sie jedoch gegen die zeitgemäßen Übertreibungen eines ideologischen Demokratismus genauso wenig vorzugehen, wie es die SPD bis in die Gegenwart hinein nicht riskierte, die Einseitigkeit und den ideologischen Irrealismus der „sozialen Marktwirtschaft“ aufzudecken. Auch die CDU/CSU hat Angst, daß sie beim Wähler nicht ankommen könnte. Sonst ließe sich die schwächliche Gegenwehr gegen alle fehllaufenden Reformen nicht erklären. Auch kann die Opposition über Halbheiten nicht hinauskommen, solange sie unfähig ist, gegenüber ihrer eigenen Vergangenheit Distanz zu gewinnen, und solange ihr nichts einfällt, was über ihre längst überholten Vorstellungen von einer zeitgemäßen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hinausgeht.

Mit Naivität und „Zweckoptimismus bis zur nächsten Wahl“ können unsere Politiker in Regierung und Opposition weder unser parlamentarisches System noch die Freiheitlichkeit unserer Gesellschaft sichern. Wenn sie nicht riskieren, ihre eigene Macht bei der nächsten Wahl aufs Spiel zu setzen, werden sie um so sicherer später ihre Existenz schlechthin verlieren.

---

*„Und was heißt es, daß der Mitbestimmungsanspruch ein Herrschaftsanspruch ist, der beantwortet werden muß? Doch wohl, u. a., dies, daß von den Qualifikationen derer, denen das Recht auf Mitbestimmung zugesprochen wird, die Rede sein muß. Nicht zuerst von den intellektuellen oder spezifischer den fachlichen. Die interessieren uns hier nicht. Wohl aber von den moralischen. Gibt es nicht Tugenden, die essentieller sind, da wo Menschen mitentscheiden über das Schicksal anderer? Nüchternheit und Gewissenhaftigkeit, die Fähigkeit, die eigene Position, die eigenen Interessen aus der Distanz zu beurteilen, die Bereitschaft, sich in andere hineinzudenken, und die Bereitschaft zu lernen; Loyalität gegenüber Partnern und, in anderer Weise, gegenüber Gegnern; Sensibilität für menschliche Qualitäten; ein Habitus der Fairneß im Konflikt; Mut und Selbstbeherrschung in vielfältiger Weise.“*

*„Den Bannflüchen gegen die Unmenschlichkeit der Verhältnisse steht sehr wenig praktisch geübte Solidarität mit denen, die leiden, die der Hilfe bedürfen, gegenüber. Die Rede von der systemstabilisierenden Wirkung praktischen Verhaltens ist zu einer bequemen Fluchtformel geworden.“*

*Eine Meldung, die jüngst durch die deutschen Zeitungen ging, illustriert den gemeinten Tatbestand sehr genau. Da hieß es, für die Schulverwaltungen werde es immer schwieriger, Lehrer für entlegene Regionen des Landes zu finden. Die Fälle würden häufiger, in denen junge Lehrer, die man nach Abschluß ihrer Ausbildung in solche Regionen entsenden wolle, an den Schulen, denen sie zugewiesen worden seien, gar nicht erst in Erscheinung träten, sondern sich attraktivere Standorte suchten. Sind es nicht, so fragt man sich verwundert, eben jene Gruppen, aus denen die Lehrerschaft sich rekrutiert, die Studenten und auch die Referendare, die den Protest gegen die Ungleichheit der Bildungschancen in der Bundesrepublik besonders heftig artikulieren?*

*Auch an die erstaunliche Tatsache könnte man erinnern . . . , daß eine weltweite leidenschaftliche Protestbewegung wie die gegen den Krieg in Vietnam nahezu nirgends in Gesten praktischer Hilfe für die Bevölkerung des geschundenen Landes eingemündet ist.“* Peter Graf Kielmansegg